



Stadt Wil



- Ausbau **Tagesstrukturen**
an den Schulen der Stadt Wil
- **Steuerfuss 2010**
der Stadt Wil

Volksabstimmung
vom 7. März 2010

Ausbau Tagesstrukturen an den Schulen der Stadt Wil

Worum es geht - in Kürze

Im September 2006 bewilligte das Wiler Stadtparlament auf Antrag des Stadtrates einen Kredit von 1'753'830 Franken für die flächendeckende Einführung von Tagesstrukturen an den Schulen der Stadt Wil. Dieses Projekt war zum damaligen Zeitpunkt eine eigentliche Pionierleistung im Kanton St. Gallen. Das Wiler Tagesstruktur-Angebot wurde für eine Pilotphase auf vorerst sechs Schuljahre befristet, von August 2007 bis Juli 2013.

Das Angebot der Tagesstrukturen umfasst drei Teile: Die Morgenbetreuung von 6.30 bis 8.00 Uhr vor dem offiziellen Schulbeginn, sodann den Mittagstisch samt Mittagsbetreuung von 11.40 bis 13.30 Uhr und schliesslich die Nachmittagsbetreuung von 13.30 bis 18.00 Uhr, dies stets von Montag bis Freitag während der vierzig Schulwochen.

Seit dem 1. August 2008 müssen alle St. Galler Gemeinden einen bedarfsgerechten Mittagstisch samt Mittagsbetreuung anbieten. Die Stadt Wil muss demnach das bestehende Mittagsangebot von 11.40 bis 13.30 Uhr dem Bedarf entsprechend fortführen. Die Kapazitäten der Primarschulmittagstische sind in-

zwischen vollständig ausgelastet. Für die Schülerinnen und Schüler der Oberstufen Lindenhof und Sonnenhof wird daher ein separater Mittagstisch geführt.

Anders verhält es sich bei der Morgenbetreuung von 6.30 bis 8.00 Uhr und bei der Nachmittagsbetreuung von 13.30 bis 18.00 Uhr: Hier liegt eine freiwillig erbrachte Pionierleistung der Stadt Wil vor, die sie nicht zwingend erbringen müsste, die von vielen Eltern aber als ein Standortvorteil gewertet wird.

Inzwischen erweist sich das Projekt als ein Erfolgsmodell, welches über die Gemeindegrenzen hinaus auf viel Interesse und Anerkennung stösst: Im ersten Betriebsjahr 2007/08 wurden bereits 184 Mittagsanmeldungen gezählt. Auf das Schuljahr 2008/09 wurde das Tagesstruktur-Angebot an die neue kantonale Blockzeitenregelung angepasst; zudem stieg die Zahl der Anmeldungen per Februar 2009 auf 975 Anmeldungen für die Tagesstrukturen und 693 Belegungen im Kinderhort.

Aufgrund der erheblich gestiegenen Nachfrage soll das Projekt ausgebaut werden: Für die Dauer von vier Schuljah-



ren und damit für den Rest der Pilotphase beantragte der Stadtrat dem Stadtparlament im August 2009 einen Kredit von 1'367'703 Franken für die Ausweitung der Tagesstrukturen. Der vorgesehene Ausbau lässt sich in zweierlei Hinsicht beschreiben: Einerseits sind die zwingenden Anpassungen im Bereich der Mittagsbetreuung gesetzlich vorgeschrieben.

Hier handelt es sich um so genannte gebundene Kosten. Andererseits sollen auch die beiden freiwillig erbrachten Angebote (Morgenbetreuung von 6.30 bis 8.00 Uhr und Nachmittagsbetreuung von 13.30 bis 18.00 Uhr) der gestiegenen Nachfrage angepasst werden.

Am 27. August 2009 hat das Stadtparlament über diesen Ausbau beraten. Der dafür beantragte Kredit von 1'367'703 Franken wurde mit 21 Ja- zu 13 Nein-Stimmen bei drei Enthaltungen bewilligt. Nach der Schlussabstimmung stellte die SVP-Fraktion indes einen Antrag auf ein Ratsreferendum, welches schliesslich bei



14 benötigten Stimmen mit 15 Stimmen gutgeheissen wurde. Damit kommt das Geschäft an die Urne, sodass das Wiler Stimmvolk über die Ausweitung der Tagesstrukturen zu befinden hat.

Weil der Ausbau neu erst auf die Zeit nach der Volksabstimmung, also von April 2010 bis Ende Juli 2013 vorgesehen werden kann, reduziert sich der ursprüngliche Kredit auf 1'222'630 Franken. Aus formell-rechtlichen Gründen muss jedoch der ursprüngliche, dem Stadtparlament vorgelegte stadträtliche Antrag zur Abstimmung gebracht werden, da sich das Referendum darauf bezieht.

Die entsprechende Abstimmungsfrage hierzu lautet:

Wollen Sie für die Ausweitung der Tagesstrukturen an den Schulen der Stadt Wil, einschliesslich Oberstufe und Kinderhort, einen Kredit von netto Fr. 1'367'703.- bewilligen?

Tagesstrukturen als Notwendigkeit und Standortvorteil

In der heutigen Gesellschaft führen veränderte Lebens- und Arbeitsformen zu einer gestiegenen Nachfrage nach familienergänzenden Betreuungsstrukturen. So besteht in Wil seit 1991 ein städtischer Kinderhort an der Thurastrasse 16, der insbesondere das dortige Quartier abdeckt. Die Veränderungen der Gesellschaft bringen auch die Herausforderung für die Schulen in der Stadt Wil mit sich, entsprechende Angebote zu schaffen und Tagesstrukturen anzubieten. Der Bedarf nach einem solchen Angebot familienergänzender Kinderbetreuung ist ausgewiesen.

Der Stadtrat unterbreitete dem Stadtparlament im September 2006 Bericht und Antrag zur Einführung eines flächendeckenden Tagesstruktur-Angebotes an den Schulen der Stadt Wil. Zwei Gründe bewogen ihn hierzu: Einerseits war und ist der Stadtrat überzeugt, dass Tagesstrukturen als wichtiger Standortvorteil für Wil zu werten sind. Andererseits sind sich Experten einig, dass sich Tagesbetreuungsangebote in mehrfacher Hinsicht lohnen, weil sie Eltern helfen, Beruf und Familienleben besser zu vereinbaren. Der Stadtrat beantragte in der Folge einen Kredit von netto 1'753'830 Franken für ein Tagesstruktur-Projekt während sechs Schuljahren. Das damalige Projekt umfasste mit Start im August 2007 ein für die Eltern kostenpflichtiges, von der Stadt subventioniertes Tagesstruktur-Angebot an vier Wochentagen jeweils von 7 bis 18 Uhr. Die Einführung der Tagesstrukturen respektive der dafür benötigte Kredit wurden vom Stadtparlament im September 2006 einstimmig genehmigt.

Umwandlung der privaten in flächendeckende, städtische Angebote

Als erster, vorbereitender Schritt wurden ab August 2005 an den Schulen der Stadt Wil die Stundenplanzeiten vereinheitlicht und ein früherer Nachmittagsschulbeginn realisiert. Im Schuljahr 2006/07 erhielten die Eltern umfassende Informationen über das Angebot. Zugleich wurden verschiedene thematische Workshops für die künftigen Tagesstruktur-Mitarbeitenden durchgeführt.

Als zweiter Schritt wurden sodann ab August 2007 die bestehenden drei, ursprünglich aus privater Initiative entstandenen Mittagstische für Kindergarten- und Primarschulkinder in ein institutionalisiertes städtisches Angebot umgewandelt. Damit wurden an den drei



Standorten Pestalozzi (Zürcherstrasse 33), Obere Mühle (Hofbergstrasse 3) und Zeughaus (Thuraustrasse 30, als Provisorium der Schulverlegung Matt) flächendeckend Tagesstrukturen realisiert, dies während 40 Schulwochen jeweils an vier Wochentagen – Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag – immer von 7 Uhr bis 18 Uhr.

Als Ergänzung zu den Unterrichtszeiten der Kinder wurden nicht nur Betreuung und Verpflegung, sondern darüber hinaus auch eine Aufgabenhilfe angeboten. Das Angebot des städtischen Kinderhortes an der Thuraustrasse 16 mit Öffnungszeiten jeweils von 6.30 bis 18.00 Uhr an allen Wochentagen blieb dabei unverändert. Ihren Bedürfnissen entsprechend konnten die Eltern die zur Wahl stehenden Betreuungseinheiten buchen.

Erfolgreicher Start

Der Start ins erste Betriebsjahr 2007/08 war erfolgreich: In der ersten Betriebswoche gingen 132 Anmeldungen für Betreuung über die Mittagszeit ein, innert Kürze stieg die Nachfrage auf 184 Mittagsanmeldungen bis Ende 2007. Hierfür wurden insgesamt 290 Stellenprozente für die Betreuung einschliesslich Teamarbeit und Administration sowie zusätzlich 10 Schulleitungs-Stellenprozente bewilligt.

Anpassungen an kantonale Blockzeiten

Mit dem Start ins zweite Betriebsjahr 2008/09 konnten das sanierte Mattschulhaus wieder in Betrieb genommen und der zugehörige Tagesstruktur-Standort vom Zeughausareal ins Mattquartier (Rosenstrasse) verlegt werden. Gesamthaft waren damals 734 Belegungen zu verzeichnen. Im Sinne einer Faustregel zeigte sich aufgrund der Erfahrungen aus dem ersten Betriebsjahr, dass für je 100 Belegungen rund 50 Stellenprozente nötig sind. Der Personalumfang wurde auf 360 Stellenprozente für Betreuung einschliesslich Teamarbeit / Administration sowie auf 10 Schulleitungs-Stellenprozente festgelegt.

Ebenfalls im zweiten Betriebsjahr wurde auf kantonomer Ebene eine obligatorische Blockzeitenregelung eingeführt, die eine generelle Vereinheitlichung der Stundenplan- und Unterrichtszeiten mit sich brachte. Als Anpassung an diese neuen kantonalen Rahmenbedin-

gungen wurde im Tagesstruktur-Angebot eine Ausdehnung auf bedarfsgerechte frühere Vormittagszeiten, sprich von 6.30 bis 8.00 Uhr, sowie auf den bisher noch nicht zum Angebot gehörenden Mittwoch vorgenommen. Das Angebot von 11.40 bis 18.00 Uhr blieb unverändert, wohingegen während der Blockzeiten, das heisst täglich von 8.00 Uhr bis 11.40 Uhr, auf das Tagesstrukturangebot verzichtet werden konnte. Im aktuell laufenden dritten Betriebsjahr werden die Tagesstrukturen weiterhin während den 40 Schulwochen von Montag bis Freitag jeweils von 6.30 bis 8.00 Uhr und von 11.40 bis 18.00 Uhr angeboten.

Ergänzung zum familiären Mittagstisch

Der Mittagstisch wird in erster Priorität für jene Kinder und Jugendlichen angeboten, welche über Mittag auf sich allein gestellt sind. Keinesfalls wollen die Schulen der Stadt Wil ein Konkurrenzangebot für Familien bieten, deren Kinder über Mittag privat bereits betreut sind. Diese traditionelle Betreuungsform soll weiterhin ihren wichtigen Platz dort einnehmen, wo Eltern dies wünschen und sich organisatorisch entsprechend einrichten.

Kosten – aber auch Gegenwerte

Der Anteil an berufstätigen Frauen und an allein erziehenden Eltern ist in den letzten Jahren markant angestiegen. Hinzu kommt, dass die von diesen Personengruppen vermehrt erwirtschafteten Gelder wieder in Form von Konsumausgaben und Steuern an die Volkswirtschaft und den Staat zurückfliessen. Eltern, welche aufgrund zwingend notwendiger oder freiwillig gewählter Berufstätigkeit auf die Tagesstrukturen angewiesen sind, erleben das Projekt als eine familienfreundliche Antwort auf die gewandelte gesellschaftliche Realität. Kinder aus Kleinfamilien werden von ihren Eltern gerne sporadisch an den Mittagstisch geschickt, weil dem Kind damit ein wertvolles soziales Lernen in einer grösseren Kindergruppe ermöglicht wird. An den Tagesstrukturen besonders geschätzt wird die bewusste Schwerpunktsetzung auf eine gesunde Ernährung und eine engagierte, altersgerechte Betreuung.



Der Nachfrage gerecht werden

Im Februar 2009 verzeichneten die Tagesstrukturen bereits 975 Belegungen. Gemäss der genannten Faustregel für das Verhältnis zwischen Belegung und Personal ergibt sich für das Betriebsjahr 2009/10 beim Betreuungspersonal neu ein Bedarf von 625 Stellenprozenten statt der bisherigen 360 Stellenprozente. Beim Schulleitungspersonal müssen die Stellenprozente ebenfalls aufgestockt werden, nämlich von bisher 10 auf neu 15 Prozente. Der städtische Kinderhort verzeichnet 693 Belegungen, was inklusive Schulleitungs-Führung ein neues Pensum von 275 statt wie bisher 248 Stellenprozenten nötig macht.

Kinderhort als Teil des Departements Bildung und Sport

Der Kinderhort wird ab dem 1. Januar 2010 dem Departement Bildung und Sport angegliedert, um die faktische Nähe zum Schulbetrieb zu gewährleisten, aber auch um bei Angeboten für Kinder im Schulalter einheitliche Zuständigkeiten zu schaffen.

Anschlussangebot für die Oberstufe gewährleisten

Die Kapazitäten der Primarschulmittagstische sind vollständig ausgelastet, sodass für die Schülerinnen und Schüler der Oberstufen Lindenhof und Sonnenhof bereits seit Sommer 2009 ein separater Mittagstisch geführt wird, um die gesetzliche Verpflichtung eines betreuten Mittagstischs auch für die Oberstufenschülerinnen und -schüler weiterhin erfüllen zu können. Die bisherigen 6. Klässlerinnen und 6. Klässler, welche den Primarschulmittagstisch bereits kennen, profitieren bereits von diesem Anschlussangebot. Ebenfalls wird die Mittagsverpflegung der Sportschülerinnen und Sportschüler der Oberstufe Lindenhof sichergestellt.

Zum betreuten Oberstufenmittagstisch gehören für die Sportschülerinnen und Sportschüler das in so genannten Lernateliers absolvierte Studium, für die übrigen Oberstufenschülerinnen und -schüler ebenfalls das Studium oder der Besuch eines Wahlfachs. Das Studium ist in den Kosten für die gebuchte Mittagseinheit enthalten. Es bleibt wie bisher Teil des regulären Schulangebots.

Zeitliche Befristung bleibt bestehen

Das Stadtparlament bewilligte im September 2007 die Einführung von Tagesstrukturen an den Schulen der Stadt Wil für eine Dauer von sechs Jahren, beginnend am 1. August 2007 und endend am 31. Juli 2013. Diese beschlossene Befristung bleibt auch mit den genannten Änderungen bestehen. So bleibt gewährleistet, dass das Stadtparlament nur dann Gelder für eine definitive Fortführung des Projektes spricht, wenn sich das Projekt bewährt und das Stadtparlament weiterhin hinter dem Tagesstruktur-Angebot steht. Sollen die Tagesstrukturen nach Ablauf der festgelegten Pilotphase weitergeführt werden, so legt der Stadtrat dem Stadtparlament für die Zeit nach dem 1. August 2013 erneut einen Bericht und Antrag zur Entscheidung vor.

Tarife überarbeiten

Zwischen Aufwand und Ertrag soll ein angemessenes Verhältnis bestehen. Die Tagesstrukturen an den Schulen der Stadt Wil sollen einerseits dank städtischer Subventionen für alle Eltern einkommensabhängig erschwinglich sein. Sie dürfen andererseits aber nicht dazu führen, dass Eltern, welche ihre Kinder grossmehrheitlich selber betreuen, finanziell faktisch schlechter gestellt werden als jene Eltern, welche die Tagesstrukturen nutzen. Entsprechend wies der Stadtrat im Bericht und Antrag an das Stadtparlament darauf hin, die Tarifstruktur sei nach Ablauf der Projektdauer zu überprüfen und nötigenfalls anzupassen.

Mehrkosten im Zeitpunkt der Stadtparlamentsdebatte

Budget 2009 sowie Budget 2010 basieren auf dem bisherigen Angebot, allerdings unter angemessener Berücksichtigung der erhöhten Mittagstischnachfrage. Die Mehrkosten des Ausbaus wurden ursprünglich für die Zeit ab August 2009 bis Ende Juli 2013 errechnet, was einen Mehrbetrag von insgesamt 1'367'703 Franken ergab.

Jahr	Monate	Kinderhort	Primarstufe	Oberstufe	Total
2009 ¹⁾	05 Monate	9'108	75'948	40'345	125'401
2010	12 Monate	29'319	216'141	101'229	346'689
2011	12 Monate	29'319	216'141	101'229	346'689
2012	12 Monate	29'319	216'141	101'229	346'689
2013	07 Monate	17'103	126'082	59'050	202'235
Total		114'168	850'453	403'082	1'367'703

1) inklusive einmalige Neu- und Ersatzanschaffung Mobiliar Primarstufe in Höhe von 67'000 Franken



Mehrkosten im Zeitpunkt der Volksabstimmung

Weil vorerst jedoch die Volksabstimmung abzuwarten war, fällt die bisherige Rechnung nun vergleichsweise geringer aus: Neu geht es um die Zeit ab April 2010 bis Ende Juli 2013, was effektiv geringere gesamthafte Mehrkosten in Höhe von 1'222'630 Franken ergibt:

Jahr	Monate	Kinderhort	Primarstufe	Oberstufe	Total
2010 ¹	09 Monate	21'989	229'106	75'922	327'017
2011	12 Monate	29'319	216'141	101'229	346'689
2012	12 Monate	29'319	216'141	101'229	346'689
2013	07 Monate	17'103	126'082	59'050	202'235
Total		97'730	787'470	337'430	1'222'630

1) inklusive einmalige Neu- und Ersatzanschaffung Mobiliar Primarstufe in Höhe von 67'000 Franken

Dies im Vergleich zu den ursprünglich errechneten Mehrkosten in Höhe von 1'367'703 Franken, welche angefallen wären, wenn der Ausbau wie ursprünglich vorgesehen, bereits auf August 2009 umgesetzt worden wäre.

Beratung im Stadtparlament

Am 27. August 2009 hat das Stadtparlament die Vorlage «Ausbau Tagesstrukturen an den Schulen der Stadt Wil» an seiner Sitzung beraten.

Dabei wurde von der FDP kritisiert, bereits vor Ablauf der ursprünglich vereinbarten Laufzeit von sechs Jahren werde ein massiver Ausbau des Projektes beantragt. Man beantrage die Rückweisung des Antrages auf Ausweitung an den Stadtrat – ein Marschhalt sei angebracht.

Die SVP wertete die Kosten von 1'367'703 Franken angesichts der aktuell angespannten wirtschaftlichen Situation als zu hoch. Die Frage sei zudem, ob der Mittagstisch im vorge-

sehenen flächendeckenden Ausbau eine gebundene Ausgabe sei. Schliesslich forderte die SVP, insbesondere durch höhere Beiträge von Besserverdienenden sei der derzeit tiefe Kostendeckungsgrad der Tagesstrukturen von nur gerade 21 Prozent zu erhöhen.

Die GRÜNEN pröwil folgten dieser Argumentation nicht: Sicher seien die Kosten ein gewichtiger Aspekt – Studien zeigten aber, dass jeder in diesen Bereich investierte Franken mehrfach zurückflüsse. Zudem fördere das Angebot die bessere Integration und stärke die Sozialkompetenz der Kinder, was spätere Probleme und deren Kostenfolgen verhindere. Sie riefen das Stadtparlament auf, die kantonsweit einzigartige Pionierleistung der Stadt Wil in Sachen flächendeckender Tagesstrukturen nicht zu opfern.

Die SP verwies auf den Erfolg der Wiler Tagesstrukturen: Dieses Projekt suche seinesgleichen im ganzen Kanton. Zudem habe diese Vorlage die Anpassung an die Nachfrage und keinen eigentlichen Ausbau zum Ziel, da das Angebot der Tagesstrukturen das gleiche bleibe.

Die CVP unterstrich die Bedeutung der Tagesstrukturen als Standortvorteil und verwies gleichzeitig auf Anpassungsbedarf bei der Tarifgestaltung. Ein entsprechender Antrag, auf Ende 2010 sei die Tarifstruktur so anzupassen, dass höhere Einkommen einen kostendeckenden Betrag leisten, wurde mehrheitlich gutgeheissen.

In der Schlussabstimmung – durchgeführt unter Namensaufruf – hiess das Stadtparlament schliesslich mit 21 Ja- bei 13 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen den ursprünglichen stadträtlichen Antrag gut: «Für die Ausweitung der Tagesstrukturen an den Schulen der Stadt Wil, einschliesslich Oberstufe und Kinderhort, wird für die Dauer von 4 Schuljahren ab dem 1. August 2009 bis zum 31. Juli 2013, ein Kredit von netto Fr. 1'367'703.- bewilligt.»

Dieser zustimmende Beschluss zum stadträtlichen Antrag unterlag dem fakultativen Referendum. Die SVP stellte indes Antrag auf ein Ratsreferendum. Damit wird das fakultative in ein obligatorisches Referendum umgewandelt. Dieser Antrag der SVP-Fraktion bezüglich des Ratsreferendums – hierfür sind mindestens 14 Stimmen nötig – wurde gutgeheissen: Das Ratsreferendum kam mit 15 Stimmen zustande, sodass nun die Wiler Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an der Urne über den Kredit zu befinden haben.

Ausbau **Tagesstrukturen** an den Schulen der Stadt Wil

Abstimmungsfrage

Geschätzte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Stadtparlament und Stadtrat empfehlen Ihnen, der Ausweitung der Tagesstrukturen an den Schulen der Stadt Wil, einschliesslich Oberstufe und Kinderhort, zuzustimmen und einen Kredit von netto 1'367'703 Franken zu bewilligen.

Die Abstimmungsfrage lautet:

Wollen Sie für die Ausweitung der Tagesstrukturen an den Schulen der Stadt Wil, einschliesslich Oberstufe und Kinderhort, einen Kredit von netto Fr. 1'367'703.- bewilligen?

6. Januar 2010

Stadt Wil

Bruno Gähwiler

Stadtpräsident

Christoph Sigrist

Stadtschreiber

Steuerfuss 2010 der Stadt Wil

Worum es geht - in Kürze

Unter Berücksichtigung der aktuellen wirtschaftlichen Situation sowie Änderungen bei der kantonalen Steuergesetzgebung, welche zu namhaften Steuerausfällen für die Stadt Wil führen werden, rechnet der Wiler Stadtrat für das Jahr 2010 bei einem Steuerfuss von 128 Prozent mit einem Gesamtertrag von 95,685 Millionen (2009: 99,641 Millionen). Demgegenüber steht ein budgetierter Gesamtaufwand von 96,900 Millionen, was zu einem Defizit von 1,215 Millionen Franken führt.

Die Investitionsrechnung des Voranschlags 2010 rechnet mit Nettoinvestitionen von 14,5 Millionen Franken. Die Investitionen für den Sportpark Bergholz fallen nach positivem Ausgang der entsprechenden Volksabstimmung erst ab 2011 an.

Um trotz Einnahmeausfällen bei den Steuern von rund 4,8 Millionen Franken sowie hohen Investitionsausgaben für 2010 einen möglichst ausgeglichenen städtischen Haushalt erreichen zu können, erachtet der Stadtrat eine Erhöhung des Steuerfusses von 124 auf 128 Steuerprozent als notwendig.

Neben dieser Steuerfusserhöhung sind zudem Einsparungen beim allgemeinen Haushalt notwendig. Dank gezielter Verzichts- und Optimierungsmassnahmen liegt der Sachaufwand 2010 mit 14,9 Millionen Franken rund 1 Million unter dem Voranschlag 2009. Damit konnte er im Vergleich zum Vorjahr um 6,56 Prozent gesenkt werden.

In der parlamentarischen Beratung von Voranschlag und Steuerfuss 2010 hat eine Mehrheit des Stadtparlaments dem stadträtlichen Antrag bezüglich der Erhöhung des Steuerfusses von bisher 124 auf 128 Steuerprozent für das Jahr 2010 zugestimmt. Mit einem Verweis auf das Eigenkapital und die Steuerausgleichsreserve der Stadt Wil wurde nach der Schlussabstimmung aus der Parlamentsmitte der Antrag gestellt, diesen Beschluss dem Ratsreferendum zu unterstellen und den Steuerfuss auf 124 Prozent zu belassen. Das nötige Minimum von 14 Stimmen für das Ratsreferendum wurde mit 17 Stimmen erreicht, damit hat das Volk an der Urne über den Steuerfuss 2010 der Stadt Wil zu befinden.

**Die entsprechende Abstimmungsfrage hierzu lautet:**

Wollen Sie in Abweichung des Parlamentsbeschlusses (Steuerfuss 128 Prozent) für das Jahr 2010 einen Steuerfuss von 124 Prozent festlegen?

Falls Sie diese Abstimmungsfrage mit «Ja» beantworten, stimmen Sie für den unveränderten Steuerfuss von 124 Prozent der Einfachen Steuer. Falls Sie diese Abstimmungsfrage mit einem «Nein» beantworten, stimmen Sie für den vom Stadtrat beantragten Steuerfuss von 128 Prozent der Einfachen Steuer.

Gute Rechnungsergebnisse in den vergangenen Jahren

In den vergangenen Jahren erzielte die Stadt Wil jährlich Rechnungsüberschüsse. Dank dieser positiven Ergebnisse konnte der Steuerfuss der Stadt Wil für 2003 und 2006 um je 2 Prozentpunkte und für 2008 um 5 Prozentpunkte auf den Wert von 124 Steuerprozenten gesenkt werden. Parallel dazu wurde die städtische Verschuldung kontinuierlich abgebaut: 2007 erreichte sie mit 25,8 Millionen Franken den tiefsten Stand seit 1991, Ende 2008 betrug die Verschuldung 33,6 Millionen.

Rechnungsergebnis 2009

Auch der Voranschlag 2009 sah ursprünglich einen Ertragsüberschuss von 860'000 Franken vor. Aufgrund von Mehraufwendungen im Bereich der finanziellen Sozialhilfe sowie Einnahmeausfällen bei den Steuern natürlicher Personen, einem Rückgang der Steuern juristischer Personen und tieferen Erträgen bei den Handänderungs- und Grundstückgewinnsteuern wurde diese Prognose im Verlauf des Jahres indes um 2,3 Millionen nach unten korrigiert: Der Finanzplan 2009-2013 rechnete für 2009 mit einem Defizit von 1,5 Millionen Franken, das vom Stadtrat aufgrund der aktuellen Zahlen als realistisch eingeschätzt wurde. Infolge des vom Stadtparlament am 5. November 2009 genehmigten Verkaufs des Grundstückes Nr. 2147 an der Flawilerstrasse 31 mit einem Buchgewinn von 2,02 Millionen Franken schliesst die Rechnung nun voraussichtlich mit einem kleinen Rechnungsüberschuss ab (Stand 6. Januar 2010).

Weitere Steuerausfälle bei den natürlichen Personen durch Nachträge zum kantonalen Steuergesetz

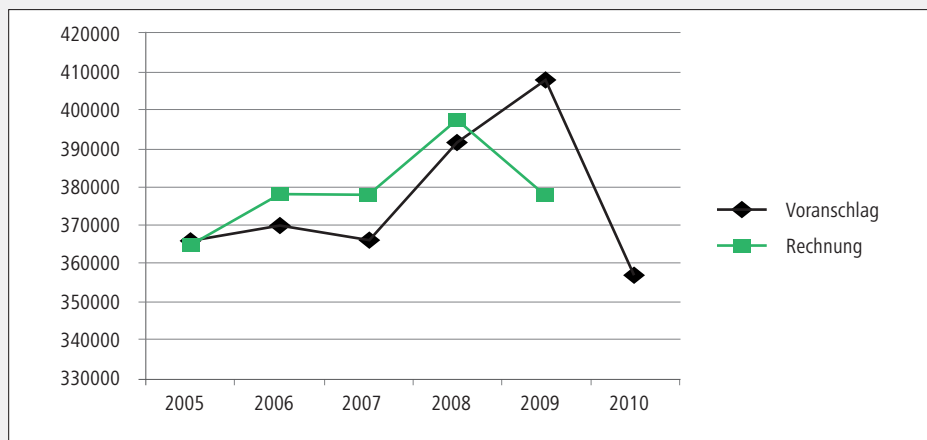
Ab 2010 führen verschiedene Nachträge zum kantonalen Steuergesetz voraussichtlich zu weiteren Steuerausfällen für die Stadt Wil. Gemäss Berechnungen des kantonalen Steueramts haben die Nachträge für die Stadt Wil Ausfälle bei den Steuern von jährlich rund 2,4 Millionen Franken zur Folge. Dazu kommt die aktuell angespannte wirtschaftliche Situation, welche sich insbesondere negativ auf die Steuererträge bei den natürlichen Personen auswirkt.



Entwicklung der Einfachen Steuer (1 Prozent; ohne Nachzahlungen):

Jahr	Einfache Steuer (1 Prozent)		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Voranschlag	Rechnung	zum Voranschlag	zur Rechnung
2005	Fr. 366'000	Fr. 364'864	- 2,25 %	0,62 %
2006	Fr. 370'000	Fr. 378'200	1,09 %	3,65 %
2007	Fr. 366'000	Fr. 377'788	- 1,08 %	- 0,10 %
2008	Fr. 392'000	Fr. 397'386	7,10 %	5,19 %
2009	Fr. 408'200	Fr. 378'013 *	4,13 %	- 4,86 % *
2010	Fr. 356'890		-12,57 %	

* Stand 31. Dezember 2009



Geplante Investitionen

Der Finanzhaushalt der Stadt Wil wird neben den Konsumausgaben massgeblich durch die Investitionen beeinflusst. Allein der Voranschlag 2010 rechnet mit Nettoinvestitionen von 14,5 Millionen Franken, darunter die Hofplatzgestaltung (1,7 Mio.). Bis 2013 sind weitere grosse Investitionen geplant. Die grössten Vorhaben darunter sind der Sportpark Bergholz (57,7 Mio.), die dritte Teilzahlung an das Pflegezentrum Fürstenu (insgesamt 5,2 Mio.) sowie die Förderung des Veloverkehrs (2,0 Mio.). Die daraus resultierenden Abschreibungen und Zinsen werden den städtischen Haushalt in den nächsten Jahren merklich belasten.

Langfristige Perspektive im Finanzplan 2009-2013

Im Finanzplan 2009-2013 hat der Stadtrat die Entwicklung der Laufenden Rechnung aufgrund der zunehmenden Abschreibungen und Zinsen sowie der zu erwartenden Steuerausfälle mit einer längeren Perspektive aufgezeigt. Der Stadtrat hat darüber hinaus auch detailliert dargelegt, welche aufwand- und ertragsseitigen Massnahmen mit Blick auf die hohe Investitionstätigkeit und damit einhergehend die Verschuldungsentwicklung allenfalls in Betracht zu ziehen sind.

Im Finanzplan 2009-2013, der vom Stadtparlament am 4. Juni 2009 zur Kenntnis genommen wurde, hat der Stadtrat das Verschuldungsziel aufgrund der anstehenden sehr hohen Investitionen, namentlich der Investitionen in den Sportpark Bergholz, und der zu erwartenden Einnahmeausfälle für diese fünfjährige Planungsperiode angepasst. Dabei hat er eine maximale situationsbedingte Verschuldung am Ende der Planungsperiode von weniger als 200 Prozent der Einfachen Steuer (bisher 140 Prozent) und die reale Verschuldung auf maximal 80 Millionen Franken festgesetzt.

Auf der Basis dieser Zielvorgabe hat der Stadtrat für den Budgetprozess 2010 drei Massnahmen als notwendig beurteilt: Neben Einsparungen im allgemeinen Haushalt von jährlich mindestens 1 Million Franken, insbesondere beim Sachaufwand, sind eine zusätzliche Abgabe (Sockelbeitrag) der Technischen Betriebe Wil von jährlich 1 Million Franken sowie eine Erhöhung des Steuerfusses um 4 Prozentpunkte zur Kompensation der Steuerausfälle vorgesehen.

Defizit von 2,6 Millionen Franken statt 1,2 Millionen Franken

Der Stadtrat hat mit dem Voranschlag 2010 die im Finanzplan 2009-2013 definierten Massnahmen zur Erreichung der finanzpolitischen Ziele umgesetzt. Dies betrifft massgeblich die Priorisierung der Investitionen und die Reduktion der Ausgaben, namentlich die des Sachaufwands. Der Finanzplan erfüllt damit seine Funktion als strategisches Instrument im finanziellen Führungs- und Budgetprozess.



Ertrag: Der Voranschlag 2010 rechnet mit einem Gesamtertrag von 95,685 Millionen Franken. Dieser Betrag liegt 3,96 Millionen oder rund 4,0 Prozent unter dem Voranschlag 2009.

Basierend auf einer Einfachen Steuer von 35,69 Millionen Franken und einem Steuerfuss von 128 Steuerprozenten sowie unter Einbezug von 3,7 Millionen Franken Nachzahlungen aus Vorjahressteuern belaufen sich die budgetierten Erträge aus Einkommens- und Vermögenssteuern auf 49,4 Millionen Franken (Vorjahr: 54,1 Millionen Franken).

Die Abgaben der Technischen Betriebe Wil TBW betragen gemäss dem vom Parlament 2003 bewilligten Berechnungsschlüssel 3,8 Millionen Franken, aufgeteilt auf die Elektrizitätsversorgung (779'000 Franken), die Gasversorgung (803'000 Franken) und das Kommunikationsnetz (2'177'000 Franken). Darin ist die zusätzliche Abgabe (Sockelbeitrag) von 1 Million Franken enthalten, welche dem Stadtparlament infolge der Einnahmeausfälle und des hohen Investitionsbedarfs ab 2010 vorgeschlagen wurde.

Aufwand: Demgegenüber steht ein Gesamtaufwand von 96,900 Millionen Franken; das sind 1,88 Millionen oder 1,9 Prozent weniger als im Voranschlag 2009.

In der Laufenden Rechnung 2010 kommen verschiedene, in den letzten Jahren beschlossene Ausgaben ganz oder teilweise zum Tragen, beispielsweise die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter (+ 214'000 Franken), die Verlegung der Stadtbibliothek ins Brauhaus (+ 145'000 Franken) oder die Systemoptimierung Stadtbus (+ 70'000 Franken). Weitere, bei der Budgetierung noch nicht genehmigte Parlamentsvorlagen können das Rechnungsergebnis 2010 zusätzlich beeinflussen. Der Ausbau der Tagesstrukturen, über den gleichzeitig mit dem Steuerfuss abgestimmt wird, kostet jährlich rund 347'000 Franken und ist im Voranschlag 2010 ebenfalls noch nicht enthalten.

Der Personalaufwand steigt um 2,25 Prozent. Darin enthalten sind die ordentlichen Stufenerhöhungen (0,8 Prozent), Beförderungen (0,5 Prozent) sowie Leistungsprämien (0,4 Prozent). Ein Teuerungsausgleich ist nicht vorgesehen, auch auf eine Reallohnerrhöhung wird verzichtet. Der Anstieg des Personalaufwandes ist unter anderem auch eine Folge

verschiedener, mit dem Budget 2009 bewilligter und 2010 erstmals voll wirksamer Stellen sowie der für 2010 beantragten Stellenbegehren (total 5,1 Stellen; davon betreffen 3,3 Stellen den allgemeinen Haushalt).

Dank gezielter Verzichts- und Optimierungsmassnahmen liegt der Sachaufwand 2010 mit 14,9 Millionen Franken rund 1 Million unter dem Voranschlag 2009. Damit konnte er im Vergleich zum Vorjahr um 6,56 Prozent gesenkt werden.

In einzelnen Positionen der Aufwandseite sind ab 2010 Minderausgaben zu verzeichnen, insbesondere im Bereich Ergänzungsleistungen und für Abgeltungen im Bereich Polizei: Mit dem V. Nachtrag zum Ergänzungsleistungsgesetz entfällt der bisherige Gemeindeanteil der Mitfinanzierung von 12,5 Prozent, für Wil sind das rund 1,36 Millionen Franken. Und der Gemeindeanteil für gemeindepolizeiliche Aufgaben der Kantonspolizei wird ab 2010 gestrichen, was für den städtischen Haushalt Minderausgaben von rund 122'000 Franken bedeutet.

Aufwand und Ertrag gegenübergestellt, ergibt sich ein Defizit von 1,215 Millionen Franken. Finanzpolitisch erachtet der Stadtrat dies als vertretbar. Gedeckt werden soll der Betrag aus dem Eigenkapital. Das gesamte Eigenkapital weist per 1. Januar 2009 einen Bestand von 15,238 Millionen Franken aus und setzt sich aus einer Steuerausgleichsreserve von rund 5 Millionen und einem Eigenkapital von 10,237 Millionen zusammen. Mit Blick auf die kommenden grossen Investitionen und die unsichere Entwicklung der Steuererträge erachtet es der Stadtrat nicht als sinnvoll, die Eigenkapitalbasis in grösserem Umfang zu beanspruchen. Wird die Steuerfusserhöhung um 4 Prozentpunkte nämlich abgelehnt, ist statt mit einem Defizit von 1,2 Millionen Franken mit einem Defizit von 2,6 Millionen Franken zu rechnen.

Steuerfusserhöhung als notwendige Massnahme

Angesichts der Einnahmefälle bei den Steuern sowie der hohen Investitionsausgaben sind Massnahmen unabdingbar. Trotz der Reduktion des Gesamtaufwands um 1,9 Prozent oder um 1,88 Millionen Franken gegenüber dem Voranschlag 2009 ist aus Sicht des Stadtrats eine Erhöhung des Steuerfusses von 124 auf 128 Prozent der Einfachen Steuer bei



einem unveränderten Grundsteuersatz von 0,6 Promille angezeigt. Die genannte Zahl für den Gesamtertrag von 95,685 Millionen Franken basiert auf dieser vom Stadtrat vorgeschlagenen Erhöhung des Steuerfusses.

Steuerfuss im kantonalen Vergleich

In der Legislaturplanung legt der Stadtrat zu Beginn der Amtsdauer seine Strategie und Schwerpunktthemen für vier Jahre fest. Nebst seinen politischen Leitlinien definiert er ganz konkrete Sach- und Finanzziele. Die Finanzlage im Gleichgewicht der Einnahmen und Bedürfnisse zu halten, ist eines der stadträtlichen Ziele im Kapitel «miteinander wirtschaften» in der Legislaturplanung 2009-2012.

Zudem hat der Stadtrat in Bezug auf den Steuerfuss eine Rangierung im ersten Viertel aller sanktgallischen Gemeinden als Ziel definiert. Der Stadtrat setzt alles daran, dass die Stadt Wil auch künftig zu den steuergünstigsten Gemeinden der Region gehört. Ein Vergleich mit den umliegenden sanktgallischen Gemeinden zeigt, dass diesbezüglich nach wie vor eine gute Ausgangsposition besteht. Im Wahlkreis Wil hatten im Jahre 2009 nur die Gemeinden Zuzwil mit 103 Prozent und Oberbüren mit 112 Prozent einen niedrigeren Steuerfuss, obwohl die Stadt Wil zahlreiche zentralörtliche Aufgaben für die Regionsgemeinden wahrnimmt.

Ein Steuerfuss von 124 Prozent bedeutet Rang 16 (ein Steuerfuss von 128 Prozent Rang 20) von 85 Gemeinden im Kanton St. Gallen. Die Stadt Wil liegt heute 16 (12) Steuerprozentpunkte unter dem kantonalen Durchschnitt und 38 (34) Steuerprozentpunkte unter dem Maximalsteuerfuss. Trotz Erhöhung des Steuerfusses von 124 auf 128 Prozent bleibt die Stadt Wil als Wohnort auch in steuerlicher Hinsicht attraktiv.

Beratung im Stadtparlament

An seiner Sitzung vom 3. Dezember 2009 hat das Stadtparlament mit dem Voranschlag 2010 auch den Steuerfuss der Stadt Wil für das Jahr 2010 beraten. Einleitend anerkannte der Präsident der Geschäftsprüfungskommission, dass die Budgetrichtlinien vom Stadtrat eingehalten worden seien und dieser ein Budget ohne Ausgabenwachstum und mit einer Sachaufwand-Reduktion präsentiert habe. Gleichzeitig kritisierte er aber, dass echter Sparwille des Stadtrats teilweise vermisst werde, weil beispielsweise gewisse Posten einfach zeitlich gegen hinten oder aber in die Investitionsplanung verschoben worden seien.

In der Diskussion kritisierten die GRÜNEN prowil, dass nur an kleinen Positionen gespart worden sei, statt sich im Budgetprozess kreativ mit der finanziellen Situation auseinander zu setzen. Man favorisiere keinen Abbau von Leistungen, sondern einen bewussteren Umgang mit den Ressourcen. Den stadrätlichen Antrag auf Steuerfusserhöhung um vier Prozent unterstützte man.

Der Stadtrat habe im Budgetprozess für den Voranschlag 2010 seine Hausaufgaben gemacht, anerkannte die FDP: Im vorgelegten Budget sei Sparwille erkennbar.

Dies unterstrich auch die SP und verwies zudem auf die Steuerfuss-Debatte 2009, als man sich vergebens gegen die damalige Steuerfuss-Senkung ausgesprochen habe: Dies führe nun zu gewissen unangenehmen Einsparungen. Vor diesem Hintergrund und angesichts grosser Investitionen der kommenden Jahre unterstütze die SP-Fraktion die beantragte Steuerfusserhöhung von 4 Prozent auf 128 Steuerprocente.

Die CVP unterstützte ebenfalls den stadrätlichen Antrag für eine Steuerfusserhöhung auf 128 Prozent.

Die SVP beantragte, den Steuerfuss für das Jahr 2010 auf 124 Prozent zu belassen, da die Rechnung 2009 infolge eines Liegenschaftenverkaufs voraussichtlich um 2 Millionen Franken besser abschliesse als budgetiert; zudem verfüge die Stadt über ein Eigenkapital von gut 10,3 Millionen Franken und über eine Steuerausgleichsreserve von rund 5 Millionen Franken.



In der Gegenüberstellung zum stadträtlichen Antrag auf eine Steuerfusserhöhung um 4 auf 128 Prozent unterlag der SVP-Antrag. Der Antrag des Stadtrates bezüglich der Erhöhung des Steuerfusses 2010 wurde sodann in der Schlussabstimmung mehrheitlich gutgeheissen. Daraufhin wurde aus der Parlamentsmitte mit einem Verweis auf Eigenkapital und Steuerausgleichsreserve der Antrag gestellt, diesen Beschluss dem Ratsreferendum zu unterstellen und den Steuerfuss 2010 auf dem bisherigen Steuerfuss von 124 Prozent zu belassen: «Der Steuerfuss für das Jahr 2010 sei auf 124 Steuerprozent der Einfachen Steuer zu belassen und ein allfälliger Ausgabenüberschuss im Jahr 2010 über einen Bezug aus der Steuerausgleichsreserve zu decken.» Das nötige Minimum von 14 Stimmen für das Ratsreferendum wurde mit 17 Stimmen erreicht, somit hat das Volk an der Urne über den Steuerfuss 2010 der Stadt Wil zu befinden.

Steuerfuss 2010 der Stadt Wil

Abstimmungsfrage

Geschätzte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Stadtparlament und Stadtrat empfehlen Ihnen, den Steuerfuss der Stadt Wil für das Jahr 2010 auf 128 Prozent der Einfachen Steuer festzusetzen.

Die Abstimmungsfrage lautet:

Wollen Sie in Abweichung des Parlamentsbeschlusses (Steuerfuss 128 Prozent) für das Jahr 2010 einen Steuerfuss von 124 Prozent festlegen?

Falls Sie diese Abstimmungsfrage mit «Ja» beantworten, stimmen Sie für den unveränderten Steuerfuss von 124 Prozent der Einfachen Steuer. Falls Sie diese Abstimmungsfrage mit «Nein» beantworten, stimmen Sie für den vom Stadtrat beantragten Steuerfuss von 128 Prozent der Einfachen Steuer.

6. Januar 2010

Stadt Wil

Bruno Gähwiler

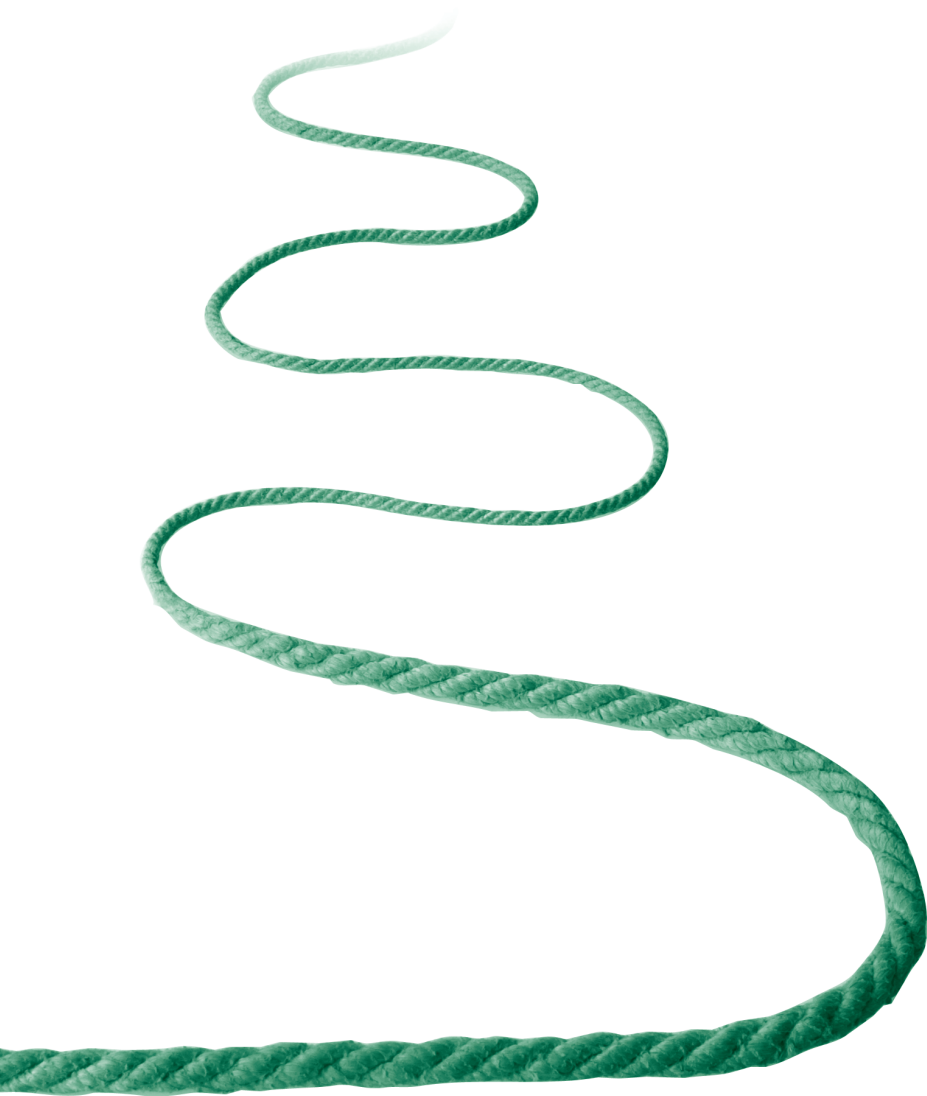
Stadtpräsident

Christoph Sigrist

Stadtschreiber

Weitere Informationen

Die Berichte und Anträge des Stadtrates an das Stadtparlament zu beiden Geschäften sind im Internet (www.stadtwil.ch) online veröffentlicht oder können in gedruckter Form bei der Stadtkanzlei per Mail (stadtkanzlei@stadtwil.ch) oder telefonisch (071 913 53 53) bezogen werden. Die parlamentarische Beratung zu dem Geschäften sind elektronisch aufgezeichnet und können auf www.stadtwil.ch abgehört werden.



Impressum

Rathaus
Marktgasse 58
CH-9500 Wil

stadtrat@stadtwil.ch
www.stadtwil.ch
Fon: +41 71 913 53 53
Fax: +41 71 913 53 54

Konzept / Text
Stadt Wil 2010

Gestaltung
sinn design, Wil